

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

11.03.2019

Protokoll

**der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen
am Montag, 11. März 2019, im Senatssaal des Rathauses**

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesenheit

Herr André Bleckmann

Frau Bettina Bruns

Herr Jan Evers

Frau Yvonne Görs

Herr Heiko Jaap

Herr Dr. Andreas Kerath

Herr Markus Kolbe

Herr Milos Rodatos

in Vertretung von Herrn Jörg Krüger

Herr Alexander Krüger

Herr Franz Küntzel

in Vertretung von Herrn Thomas Mundt

Herr Walter Noack

Herr Dr. Sascha Ott

Frau Birgit Socher

Herr Dr. Rainer Steffens

Frau Brigitte Witt

Entschuldigt

Herr Jörg König

Herr Thomas Mundt

Verwaltung

Frau Jeannette von Busse

Herr Winfried Kremer

Herr Achim Lerm

Frau Katrin Teetz

Frau Angela Baas

Herr Dr. Stefan Fassbinder

Frau Diana Schleer

Frau Beate Schinkel

Herr Steffen Winkler

Frau Dr. Agnes Oestreich

Frau Michaela Wachsmuth

Herr Thilo Kaiser

Frau Katharina Metzker

Frau Barbara Breier

Gäste

Frau Petra Hase

Frau Anita Weiß

Herr Erik von Malottki

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 14.01.2019
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
- 5.1. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik
SPD-Fraktion
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Platzkosten / Elternbeiträge ab 04/2019
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 6.2. Aufhebung der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020 B816-31/18 vom 17.12.2018 und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/ 2020.
Dez. I, Amt 20
- 6.3. Annahme einer Spende des Soroptimist International Club Greifswald für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
- 6.4. Annahme einer Spende des Fördervereins der Stadtbibliothek Greifswald e.V.
Dez. I, Amt 41
- 6.5. Beschluss zur Nichtanwendung der Straßenbaubeitragssatzung
Dez. II, Amt 60
- 6.6. Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt
CDU-Fraktion, Fraktion KfV, Herr Dr. Meyer, Herr Spring, Herr Burmeister (interfraktionell angestrebt)
- 6.7. Grundhafter Ausbau des Ochsensteges
Herr Bernd Lieschefskey, Vorsitzender der OTV Wieck und Ladebow
- 6.8. Greifswald als Standort für den kontrollierten Anbau von medizinischen Cannabis etablieren: Für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik im Sinne der Patient*innen und unseres Gesundheitssystems
Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4, DIE LINKE, interfraktionell angestrebt
7. Information der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Sitzungsende

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird mit 14 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern von Herrn Kolbe eröffnet.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Herr Kolbe informiert über neue Versionen zu

- TOP 6.2 „Aufhebung der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020 B816-31/18 vom 17.12.2018 und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020“ und
- TOP 6.7 „Grundhafter Ausbau des Ochsensteiges“.

Des Weiteren werden die Tischvorlagen

- „Maßnahmekatalog zur Unterstützung der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ unter TOP 6.9 und
- „Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald“ unter TOP 6.10

eingeorndnet.

Herr Dr. Steffens bittet darum, beide Tischvorlagen gemeinsam zu behandeln.

Über die geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 14.01.2019

Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

keine

TOP 5. Beschlusskontrolle

TOP 5.1. Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik

06/1576
B821-31/19

Frau Baas weist darauf hin, dass es bei künftigen Flächenankäufen zu

Planansatzüberschreitungen kommen könnte und dies dann haushaltsrechtliche Auswirkungen hätte.

Herr Kremer erklärt, dass dieser Beschluss ein Dauerbeschluss ist und sich dieser perspektivisch entwickeln muss. Der für Flächenankäufe angesetzte Rahmen im Haushaltsplan ist großzügig bemessen. Die Stadt wird dementsprechend versuchen, Grundstücke anzukaufen. Künftige Informationen sollten in größeren Abständen erfolgen und dann im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Platzkosten /Elternbeiträge ab 04/2019

06/1756

Herr Lerm bittet den Ausschuss um Zustimmung zur Beschlussvorlage. Diese sieht ab 1. April 2019 eine Platzkostenerhöhung in den kommunalen Kindertagesstätten vor (bedingt durch Tarifierhöhungen im Sozial- und Erziehungsdienst), die mit Beginn des zweiten Quartals wirksam werden. Andere Möglichkeiten zur Kompensierung der Tarifsteigerungen werden nicht gesehen.

Herr Evers stellt eine Angleichung der Platzkosten zwischen den einzelnen Kitas fest (es gibt keine Spreizung mehr). Hierzu erklärt Herr Lerm, dass es zwischen den Kitas Personalwechsel gab und sich auch Erfahrungsstufen ausgeglichen haben.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.2. Aufhebung der Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020 B816-31/18 vom 17.12.2018 und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2019/2020

06/1792.1

Herr Dr. Fassbinder spricht der Kämmerei für die in den letzten Wochen geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage zum Protokoll) werden die Abweichungen zwischen Planansatz und Rechnungsergebnis der letzten sieben Jahre, seit Einführung der Doppik, gezeigt.

Frau Baas gibt Erläuterungen zu den Abweichungen der Planungen zu 2018 (positives Ergebnis u. a. durch (es werden nur die großen Positionen genannt): Mehreinzahlung Schlüsselzuweisungen, Mehreinzahlung Gewerbesteuer, Finanzerträge Stadtwerke, Minderauszahlung Personal, Minderauszahlung Werterhaltung, Minderauszahlung Aus- und Fortbildung, Zinsen Neuaufnahme Investitionskredite ...). Im Rechnungsergebnis stehen derzeitig somit + 4,8 Mio. EUR.

Herr Dr. Fassbinder ergänzt, dass 2016 vorsichtig geplant und in den Jahren 2017 und 2018 gut gewirtschaftet wurde.

Es sind vorläufige Ergebnisse, die erst mit Aufstellung der Jahresabschlüsse genau beziffert werden können.

Herr Dr. Fassbinder betont, dass sich durch die rasche Aufarbeitung der Stadt eine Chance bietet, in der nächsten Woche einen geänderten Haushalt (eingearbeitete beschlossene Änderungen aus der Bürgerschaftssitzung vom 17.12.2018 und Herausnahme der beschlossenen Gewerbesteuererhöhung) zu beschließen. Damit der Haushalt schnellstmöglich nach Schwerin geschickt werden kann, ist für den 18.03.2019 vorsorglich eine Sondersitzung der Bürgerschaft beantragt worden. Mit dieser Vorlage wird den Fraktionen ein Angebot unterbreitet, den Haushalt neu „ohne die Gewerbesteuererhöhung“ zu beschließen. Falls es zu keinem Beschluss käme, würde der beschlossene Haushalt vom 17.12.2018 Bestand haben (mit Gewerbesteuererhöhung und ohne Kita-Deckelung in Höhe von 81.000 € vom Februar 2019).

Eine Aussage aus der Bürgerschaftssitzung vom 17.12.2018 wird von Herrn Dr. Fassbinder korrigiert: die Stadt hat keinen Überschuss von 6 Mio. EUR, sondern ist von einem Minus auf die „schwarze Null“ gekommen.

Einzelne Zahlen werden durch die Ausschussmitglieder hinterfragt und durch Frau Baas erläutert.

In der anschließenden umfangreichen Diskussion wird gegen die Haushaltsführung der Verwaltungsspitze harte Kritik geübt. Auch wurde einhellig die dringend erforderliche Personalausstattung in der Kämmerei bekräftigt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
(Herr Dr. Ott ist der Sitzung beigetreten)

TOP 6.3. Annahme einer Spende des Soroptimist International Club Greifswald für die Stadtbibliothek

06/1751 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.4. Annahme einer Spende des Fördervereins der Stadtbibliothek Greifswald e.V.

06/1752 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen

TOP 6.5. Beschluss zur Nichtanwendung der Straßenbaubeitragssatzung

06/1755 Die Beschlussvorlage resultiert aus der Ankündigung der Landesregierung, keine Straßenbaubeiträge mehr ab dem Jahr 2020 zu erheben, so Frau von Busse. Für die Übergangsregelung (01.01.2018 bis 31.12.2019) sollen alle Maßnahmen nicht gegenüber den beitragspflichtigen Anliegern abgerechnet werden. In der praktischen Durchführung ergibt sich jetzt schon aufgrund dieser Ankündigung für die Verwaltungsmitarbeiter die Problematik, dass „jeder“ Widerspruch gegen entsprechende Vorausleistungsbescheide einlegt und damit ein erhöhter Verwaltungsaufwand verbunden ist. Falls die Landesregierung ihre Ankündigung wahr macht, müssten dann bereits getätigte Vorausleistungen erstattet werden.

Die Verwaltung unterbreitet deshalb den Vorschlag, auf die Vorausleistungen und auf die Abrechnung der Beträge, bis das aktuelle Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, zu verzichten. In der Vorlage sind die betreffenden Straßenbauvorhaben benannt.

Bis zum Hauptausschuss möchte Herr Dr. Kerath eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen. Herr Kaiser informiert dazu, dass nur für die Maßnahmen, die bereits kostenmäßig erfasst wurden, eine Aufstellung geliefert werden kann.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung

TOP 6.6. Denkmal zu Ehren von Ernst Moritz Arndt

06/1772 Herr Evers kritisiert, dass für einen Antisemiten in der Stadt ein Denkmal gesetzt werden soll und dies in der Beschlussbegründung nicht thematisiert wird.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
3 Stimmenthaltungen

TOP 6.7. Grundhafter Ausbau des Ochsensteiges

06/1782.1 Herr Dr. Kerath erklärt, dass die Sanierung des Ochsensteiges unstrittig ist, aber gibt zu bedenken, dass mit dieser Vorlage bei anderen Ortsteilen Begehren geweckt werden könnten, ähnliche Anträge zu stellen. Vor Jahren wurden im Haushalt Festlegungen getroffen, dass die Stadt einen Plan über Straßenerhaltungsmaßnahmen vorlegen soll, der dann in den zuständigen Ortsteilvertretungen diskutiert werden sollte. Vorgesehen war die gemeinsame Erarbeitung eines Konzeptes über zu Instand setzende Straßen und Wege. Nur auf mehrfache Nachfrage ist dieser Plan vor Beschlussfassung des Haushaltes, der ohne jede Begründung als nicht öffentlich dargestellt wurde, ausgereicht worden. Fall dieser Beschluss die Mehrheit findet, mutmaßt Herr Dr. Kerath, werden andere Ortsteilvertretungen nachziehen. Er kritisiert, dass nur durch die Verweigerungshaltung der Stadt diese Situation entstanden ist.

Frau von Busse erläutert, warum die schon im letzten Jahr auf der Investitionsliste stehende Maßnahme bislang noch nicht umgesetzt werden konnte (dringendere Maßnahmen hatten Vorrang) und dass das Fehlen des Straßenzustandsberichtes auch der personellen Situation des Tiefbauamtes geschuldet ist.

Die Nichtöffentlichkeit des Planes wird mit den darin aufgeführten Kosten begründet, die dann die Tiefbauunternehmen auf den Plan rufen könnten, ihre Angebote dementsprechend zu unterbreiten. Inhaltlich könnten jederzeit die Maßnahmen öffentlich mit Ausnahme des Betrages diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
4 Gegenstimmen
5 Stimmenthaltungen

TOP 6.8. Greifswald als Standort für den kontrollierten Anbau von medizinischen Cannabis etablieren: Für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik im Sinne der Patient*innen und unseres Gesundheitssystems

06/1790

Herr Rodatos bringt die Vorlage ein. Hintergrund der Vorlage ist der Beschluss des Bundestages Anfang 2017, medizinisches Cannabis als Arzneimittel in Deutschland zuzulassen. Die rasante Entwicklung von 2017 zu 2018 in Bezug auf die Behandlungstherapie mit Cannabis stieg um mehr als 42 %. Da Deutschland bislang selbst über keinen staatlich kontrollierten Anbau verfügt, wird dieses Arzneiprodukt aus Kanada und den Niederlanden importiert. Cannabis ist in Kanada ein legales Produkt, was über den medizinischen Gebrauch hinausgeht. Dementsprechend sind die Bedarfe dort mittlerweile schwer zu decken und die genehmigten Importgenehmigungen werden kaum noch erfüllt. Deshalb forciert die Bundesregierung den eigenen, kontrollierten Anbau von medizinischem Cannabis in Deutschland. Anbaubestrebungen durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte und der angegliederten Cannabis-Agentur wurden im vergangenen Jahr durch eine erste Ausschreibung für die Leistungen zum Anbau vom medizinischen Cannabis in Deutschland auf den Weg gebracht, sind aber im Zuge eines gerichtlichen Klageverfahrens eines Bewerbers gescheitert. Derzeitig erfolgt eine zweite Ausschreibung, wo die Zuschlagserteilung noch aussteht. In diesem Verfahren muss der Nachweis erfolgen, dass geeignete Grundstücke für den Anbau zur Verfügung stehen. Die Zuschlagserteilung soll Ende des II. Quartals 2019 erfolgen. Für Greifswald eröffnet sich somit in dieser Ausschreibungsphase noch die Möglichkeit, sich kurzfristig als möglichen Standort für die abgegebenen Gebote (also für die Bietergruppen) zu präsentieren. Mittelfristig für neue Ausschreibungen zum staatlichen Anbau hat Greifswald die Chance, offensiv das Interesse zu bekunden, diesen Wirtschaftszweig nach Greifswald zu holen. Auch hätte Greifswald einen Standortvorteil durch die Stadtwerke und die Nähe zur Universitätsmedizin.

Bezüglich der Nachfrage zur Eignung von landwirtschaftlichen Nutzflächen erklärt Herr Rodatos, dass aufgrund der strengen Auflagen er sich nicht vorstellen kann, dass es einen Anbieter geben wird, der den Anbau von Cannabis auf solchen Flächen realisieren wird (Beachtung von Wechselwirkungen); relevante Flächen wären eher Gewerbeflächen. Um sich aber die Option offen zu halten, werden landwirtschaftliche Nutzflächen nicht ausgegrenzt.

Herr Dr. Steffens plädiert dafür, den Beschlussvorschlag als Prüfauftrag zu formulieren. Herr Krüger merkt an, den ersten Teil des Beschlussvorschlages als Appell, diesen Wirtschaftszweig in Greifswald zu etablieren, und den zweiten Teil des Beschlussvorschlages als Prüfauftrag zu sehen.

Herr Bleckmann rät davon ab, Cannabisanbau in Greifswald zu betreiben. Die Industriebrachen in Greifswald halten sich in Grenzen, und die vorhandenen Flächen sollten eher für Gewerbe und Wohnungen genutzt werden.

Herr Kremer erklärt, dass für den Prüfauftrag die Stadt zumindest ein Anforderungsprofil für die Fläche benötigt.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen

TOP 6.9 Maßnahmekatalog zur Unterstützung der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1746.1 Diese Tagesordnungspunkte 6.9 und 6.10 werden zusammen behandelt.

Herr von Malottki bringt die Vorlage ein. Die Bürgerschaft hatte Mitte 2017 bereits einen Maßnahmenplan „Bezahlbaren Wohnraum“ mit Empfehlungen an die Verwaltung beschlossen, der aber letztlich nur als Empfehlung gesehen und nicht umgesetzt wurde.

Die AG bezahlbarer Wohnraum hat eine Aktualisierung des Maßnahmenplanes vorgenommen, der jetzt Handlungsaufträge für die Verwaltung vorsieht. Statt einer Wohnraumförderrichtlinie soll jetzt ein kommunales Handlungskonzept als Grundlage für die Schaffung von kommunalem Wohnraum dienen. Es sind Aufträge an die Verwaltung formuliert, die die angespannte Situation auf dem Greifswalder Wohnungsmarkt entschärfen sollen. Die Aufträge an die Verwaltung werden von Herrn von Malottki näher erläutert.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung findet Herr von Malottki begrüßenswert und kann seines Erachtens mit dem Maßnahmenplan kombiniert werden.

Für unbedingt erforderlich wird eine Bestandsaufnahme, in welchen Bereichen sozialer Wohnraum benötigt wird, gesehen.

Frau von Busse bezieht Stellung zur Verwaltungsvorlage. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden als Ideensammlung der Verwaltung gesehen, mit denen man sich jetzt näher beschäftigen muss.

Für strittig hält Frau von Busse die Festschreibung einer Mindestquote von 30 Prozent sozialen Wohnungsbaus/bezahlbaren Wohnraums für den Geschosswohnungsbau (Mieten von max. 7,40 EUR/m²).

Herr Dr. Steffens hätte sich eine interne Abstimmung zwischen den Verwaltungsmitgliedern und der AG bezahlbarer Wohnraum im Vorfeld gewünscht, sodass die Bürgerschaft eine gemeinsame Beschlussvorlage vorgelegt bekäme. Sein Vorschlag ist die Zurückstellung der Problematik in den nächsten Gremienlauf.

Herr von Malottki spricht sich gegen eine Schiebung um 5 Monate aus. Er wird anstreben, auf der nächsten Sitzung der AG bezahlbarer Wohnraum beide Beschlussvorlagen zusammenzuführen.

Auf die Nachfrage, wie realistisch die Zusammenführung beider Vorlagen noch in dieser Legislaturperiode sei, um sie in der Bürgerschaftssitzung am 29.04.2019 zu behandeln, wird erklärt, dass es seitens der AG unproblematisch wäre.

Nach Diskussion stellt Herr Dr. Steffens den Antrag, die Vorlage in den nächsten Gremienlauf zu vertagen.

Über diesen Antrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
7 Gegenstimmen

TOP 6.10 Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald

06/1777 siehe TOP 6.9

TOP 7. Informationen der Verwaltung

Herr Kremer informiert zu den derzeit im Bau befindlichen Hochbauvorhaben der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (PowerPoint-Präsentation als Anlage zum Protokoll).

Auf die Nachfrage zum Baubeginn des ZLP4 im Juni 2019 erklärt Herr Kremer, dass die Einzelaufträge den Hauptausschuss passieren müssen, eine Vorstellung in den politischen Gremien aber nur vorgesehen ist, wenn die Kosten den Kostenrahmen überschreiten.

Informationen zum FAG wird der Oberbürgermeister in der nächsten Bürgerschaftssitzung geben.

TOP 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Keine

TOP 9 Informationen des Ausschussvorsitzenden

Keine

TOP 10 Sitzungsende

Die Sitzung wird um 20:40 Uhr beendet.

gez.
Markus Kolbe
1. Stellvertretender Ausschussvorsitzender

gez.
Birgit Rosolski
für das Protokoll